

Indien im Überblick

zusammengestellt von Jakob Littmann

Heftige Studentenproteste

Seit Anfang 2016 erreichen uns immer mehr Artikel, Berichte und Bilder von protestierenden Studenten, und die Auseinandersetzungen mit Behörden, Polizei und Schlägertrupps scheinen immer heftiger zu werden. Es ist die Rede von den schwersten Studentenprotesten seit 25 Jahren. Angefangen hat alles im Oktober 2015 mit Demonstrationen gegen die Entscheidung der *University Grants Commission* (UGC), einer Körperschaft des indischen Bildungsministeriums (*Ministry of Human Resources Development*, MHRD), die Postgraduierten-Stipendien zu kürzen. Die Studierenden vermuteten dahinter eine Agenda der indischen Regierung, infolge der WTO-Verhandlungen ihre Bildungsausgaben weiter zu kürzen und die ohnehin schon hohe Privatisierungsquote im Bildungsbereich weiter zu steigern – und damit Aufstiegschancen aus unteren Kasten und Klassen weiter zu minimieren. In Delhi entwickelte sich daraus die *Occupy UGC*-Bewegung. In einem Youtube-Video erklärt *Occupy UGC* seine Sichtweise: <https://www.youtube.com/watch?v=lpUrKAomkqU&feature=youtu.be>. Die Demonstrationen wurden teilweise von der Polizei brutal mit Tränengas, Wasserwerfern und Schlagstockeinsätzen aufgelöst; danach war oft von mangelnder Verhältnismäßigkeit die Rede. Mitte Januar beging der Doktorand Rohith Vemula Selbstmord. Als Dalit fühlte er sich offenbar von der Universitätsverwaltung in Hyderabad im Stich gelassen. Diese hatte bereits im Juli aufgehört, ihm sein Stipendium auszuzahlen und ihn aufgefordert, sein Zimmer im Wohnheim auf dem Campus zu räumen. Rohith wurde vorgeworfen, er habe sich an Protesten gegen die Hinrichtung von Yakub Memon beteiligt. Wie in der letzten Ausgabe berichtet, soll Memon die Anschläge in Mumbai 1993 geplant und finanziert haben. Er wurde Ende Juli gehängt. Rohith hinterließ einen herzerreißenden Abschiedsbrief, nach eigener Aussage sein literarisches Erstlingswerk. In der Folge kam es erneut landesweit zu Ausschreitungen, und Unis wurden bestreikt. Immer wieder wurde der Vorwurf eines institutionellen Mordes an einem Angehörigen einer niedrigen Kaste laut. Aktuell steht Bildungsministerin Smriti Irani erneut im Kreuzfeuer der Kritik, weil sie möglicherweise im Parlament Falschaussagen zum Hergang beziehungsweise zu den anschließenden Abläufen gemacht hat. Die Kongresspartei sowie die *Communist Party of India* (Marxist), CPI(M), planen zurzeit entsprechende Anträge. Im Zuge des dritten Jahrestages der Hinrichtung von Afzal Guru im Februar 2013, der 2001 den Terrorangriff auf Indiens Parlament organisiert haben soll, gab es kurz nach dem

Selbstmord von Rohith Vemula an der renommierten (und traditionell politisch linken) Jawaharlal-Nehru-Universität (JNU) in Delhi Proteste gegen die in Indien nach wie vor geltende Todesstrafe. Speziell bei Guru hatte es Zweifel an der Rechtmäßigkeit seines Verfahrens gegeben, und er hatte immer wieder seine Unschuld beteuert. Der JNU-Student Kanhaiya Kumar, der die Studentenvereinigung der JNU führt (und als solcher auch bei *Occupy UGC* aktiv ist), wurde unter dem Vorwurf der Aufwiegelung festgenommen. Der Vorwurf wirkte dabei allerdings auch auf neutrale Beobachter willkürlich. Die Höchststrafe für Aufwiegelung wäre lebenslängliche Haft. Es folgte eine große Solidarisierungswelle auf Seiten der Studierenden und Professoren, der Verwaltungsangestellten sowie landesweit von Universitäten, Schriftstellern, Intellektuellen, Anwälten und vielen mehr. Da Kumar immer wieder vorgeworfen wurde, er habe „anti-indische Slogans“ verbreitet, befürchteten seine Unterstützer einen zunehmenden Angriff auf die Meinungsfreiheit in Indien. Das gesellschaftliche und politische Klima scheint seitdem immer mehr aufgeladen. Als dann auch noch bei einer Anhörung im Fall Kumar vor Gericht Studierende, Professoren, Dozenten und Journalisten von einem Mob von BJP-Aktivist*innen, die sich als Anwälte verkleidet hatten, verprügelt wurden, sprachen viele von einem Eklat. Offenbar war einer der Schläger sogar ein lokaler BJP-Funktionär. Die Kongresspartei nannte den Vorfall daher auch drastisch einen „Akt des Faschismus“. Anscheinend werden jegliche unliebsame und nicht ins Weltbild passende zunehmend Kritik und abweichende Meinungen mit dem Totschlagargument „anti-indisch“ niedergebügelt. Innenminister Rajnath Singh fachte diesen Verdacht mit der Aussage an, wer anti-indische Parolen rufe, werde nicht geduldet und nicht verschont. Radikale BJP-Anhänger nahmen das ernst, zogen zur JNU und forderten, Verräter aufzuhängen und die JNU zu schließen.

Landesweiter Generalstreik

Am 2. September haben Millionen Menschen im Zuge eines von fast allen großen und kleinen Gewerkschaften organisierten Generalstreiks aus Protest gegen die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Regierung von Premierminister Modi die Arbeit niedergelegt. Zehn der zwölf großen Gewerkschaftsverbände hatten zu dem Streik aufgerufen, und es beteiligten sich weit mehr Lohnabhängige Protest als erwartet. Der Gewerkschaftsdachverband *All India Trade Union Congress* (AITUC) bezifferte die Zahl der Streikenden auf 150 Millionen. Das sind mehr Menschen als die Gewerkschaften zusammen

an Mitgliedern haben. Noch nie gingen in Indien so viele Menschen für mehr Lohn, schärfere Preiskontrollen und weniger Privatisierungen auf die Straße. Und noch nie war ein Generalstreik so umfassend, denn es streikten auch Unorganisierte, Landarbeiterinnen, Rikschafahrer, Straßenverkäufer und Näherinnen in Zulieferbetrieben.

Merkel in Delhi

Anfang Oktober kam Bundeskanzlerin Angela Merkel mit mehreren Ministern und einer großen Wirtschaftsdelegation zu bilateralen Regierungskonsultationen nach Neu-Delhi. Bei den Verhandlungen ging es unter anderem um Aufträge für die deutsche Wirtschaft und Kreditgarantien mit einem Gesamtvolumen von fast zwei Milliarden Euro.

Zwischenstopp in Pakistan zum Tee

Kurz vor einem Heimflug aus Afghanistan hat Premierminister Modi nach offiziellen Angaben sehr kurzfristig Pakistans Ministerpräsidenten Nawaz Sharif angerufen, um sich nach einem möglichen Treffen zu erkundigen. Dieser lud Modi daraufhin zu einem Zwischenstopp und auf einen Tee ein. Modi war nach Kabul gereist, um das neue Parlamentsgebäude, das Indien gestiftet hatte, einzuweihen. Sowohl in Islamabad als auch in Delhi wurden Begrüßung und Umarmung zwischen Modi und Sharif genau verfolgt, schließlich kam der erste Besuch eines indischen Regierungschefs in Pakistan für die Öffentlichkeit eher unerwartet. Bei dem einstündigen Treffen wurde vereinbart, die Kontakte auszuweiten und verstärkt an gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu arbeiten. Bereits am 10. Dezember reiste zudem zum ersten Mal seit drei Jahren ein indischer Außenminister nach Islamabad und vereinbarte mit der pakistanischen Seite, die nach der Terrorserie in Mumbai ausgesetzten Friedensgespräche wieder aufzunehmen.

Rückschlag für Facebooks kostenlosen Internetservice

Facebook erlitt Anfang Februar eine Niederlage für den geplanten kostenlosen Internet-Service *Free Basics*, Teil der von Facebook-Gründer Mark Zuckerberg gestarteten Initiative Internet.org, mit der Milliarden Menschen ins Internet gelangen sollen. Unter anderem sollen dabei zukünftig Drohnen mit Antennen in entlegenen Gebieten eingesetzt werden. In Indien hat etwa eine Milliarde Menschen keinen Zugang zum Internet. Der kostenlose Dienst hätte zwar in Indien nur einen stark eingeschränkten Internetzugang geboten, denn neben Facebook selbst wären nur einige Bildungs-, Gesundheits- und Job-

Webseiten erreichbar. Andere Webseiten lassen sich über *Free Basics* nicht aufrufen und wären somit benachteiligt. Die Branchenaufsicht *Telecom Regulatory Authority of India* (TRAI) verwies daher auf eine strikte Umsetzung der Regeln zur Netzneutralität, wonach alle Daten in den Netzen gleich behandelt werden müssen. Damit untersagte die Regulierungsbehörde den Telekom-Anbietern grundsätzlich jegliche Ausnahmeregelungen für einzelne Online-Angebote. Die Zahl illegaler Einträge, die Facebook in Indien auf Behördenwunsch gelöscht hat, summierte sich 2015 auf 15.155.

Indiens neue Position auf dem Weltklimagipfel in Paris

Beim Weltklimagipfel *Conference of the Parties* (COP 21) Anfang Dezember in Paris ging es um ein neues Abkommen, das den Klimawandel aufhalten oder verlangsamen könnte. Dabei verstärkte sich in der Öffentlichkeit lange das Bild, Indien trete in den Verhandlungen als Bremser auf. Indien steht an dritter Stelle was den Ausstoß der Treibhausgase betrifft und hatte sich bei Klimaverhandlungen lange Zeit geweigert, Obergrenzen für Treibhausgasemissionen zu akzeptieren. Die Bekämpfung der Armut habe oberste Priorität und damit Vorrang vor dem Klimaschutz. Die Armutsbekämpfung erfordere die Nutzung aller verfügbaren Energien. Außerdem trügen entwickelte Länder wie die USA und die Staaten Europas eine historisch erheblich größere Schuld am Klimawandel. Pro Person emittiert Indien lediglich 1,7 Tonnen Kohlendioxid im Jahr, während es in den USA 16,6 und in China 7,4 Tonnen sind. Doch Anfang Dezember überraschte das Land mit seinen Plänen, den CO₂-Ausstoß erheblich zu mindern. So soll die Intensität der Treibhausgasemissionen bis 2030 um 33 bis 35 Prozent im Vergleich zu 2005 verringert werden. Die Intensität der Treibhausgasemissionen beschreibt die Menge an Treibhausgasen, die für ein bestimmtes Wirtschaftswachstum aufgewendet werden muss. Trotz allem kämpfte Indien in Paris mit allen Mitteln dagegen, dass beispielsweise das „dirty D-Word“ (für Dekarbonisierung) überhaupt ins Abkommen aufgenommen wurde. Schlussendlich war der historische Tag von Paris für Indiens Umweltminister Prakash Javadekar ein „neues Kapitel der Hoffnung“, das „ökologische Gerechtigkeit“ zeige.

Hunderte Tote bei Überschwemmung in Chennai

Kurz vor der COP 21 starben Anfang Dezember 2015 mindestens 325 Menschen bei verheerenden, teilweise meterhohen Überschwemmungen im Bundesstaat Tamil Nadu. Auslöser waren die schwersten Regenfälle in der

Region seit 100 Jahren. Indiens Umweltminister Prakash Javadekar machte die Industrieländer für die Katastrophe im südindischen Chennai verantwortlich: „Was in Chennai geschieht, ist das Ergebnis dessen, was seit 150 Jahren in der entwickelten Welt passiert ist.“ Dies habe zu dem bisherigen Temperaturanstieg von 0,8 Grad geführt. Indien gehört zu denjenigen Ländern, die am meisten von den sich verstärkenden Folgen des Klimawandels wie Wirbelstürme, Dürren und Fluten getroffen werden. Gleichzeitig hat sich die aufstrebende Wirtschaftsmacht im wahrsten Sinne in atemberaubendem Tempo auf Platz drei in der Liste der größten CO₂-Emitenten katapultiert.

Menschenrechtspreis für Henri Tiphagne

Amnesty International Deutschland ehrt den indischen Rechtsanwalt Henri Tiphagne mit dem Menschenrechtspreis für sein jahrzehntelanges, unermüdliches und mutiges Engagement gegen Folter und Diskriminierung auf dem Subkontinent. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. Als Anwalt baute er die Organisation *People's Watch* auf, die Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, Betroffene vor Gericht vertritt und Kinder in Schulen über ihre Rechte informiert. Tiphagne und seine Mitstreiter setzen sich für die Ärmsten der Armen ein, die meisten davon Muslime, Angehörige von Stammesvölkern oder Dalits. Tiphagnes Organisation werde zurzeit von den Behörden drangsaliert, erklärte Amnesty. Er selbst saß mehrfach im Gefängnis. „Der Spielraum für die Arbeit von Aktivisten wird derzeit geringer“, sagte Tiphagne. Die Regierung ließ die Konten der Organisation mehrmals einfrieren, sodass sie ihre Arbeit einstellen musste.

BJP verliert die Wahlen in Bihar

Die hindunationalistische Partei BJP von Ministerpräsident Modi hat die wichtige Regionalwahl im Staat Bihar im Oktober und November 2015 verloren. Dies war vor allem deshalb bemerkenswert, weil Modi selbst die Wahl in dem Bundesstaat als Referendum über sich hochstilisiert hatte. Nur sein Bild war auf den BJP-Wahlplakaten im ganzen Bundesstaat zu sehen, und er hatte überdurchschnittlich viele Wahlkampftermine in diesem bevölkerungsreichsten und ärmsten Bundesstaat Indiens wahrgenommen. Der BJP-Spitzenkandidat Sushil Kumar Modi gestand sein Scheitern ein und gratulierte dem Führer des Gegenbündnisses, Nitish Kumar, zum Wahlsieg.

Hochkastige sabotieren Wasserleitung in Delhi

Nachdem 2015 bereits eine Untergruppe der Brahma-

nen-Kaste, die als relativ wohlhabend eingestuften Patels in Gujarat, dafür gekämpft hatte, als „rückständige Kaste“ eingestuft zu werden, um in den Genuss des staatlichen Quotensystems für Regierungsjobs und Universitätsplätze (sogenannte *reservations*) zu kommen, sorgen zurzeit die *Jats* in Haryana mit ähnlichen Protesten und gewaltsamen Ausschreitungen für Unruhe. Für mehrere Distrikte nicht unweit von Neu-Delhi wurde daher vom deutschen Auswärtigen Amt sogar eine Reisewarnung ausgesprochen. Auch die *Jats* werden im Kastensystem zu den höher stehenden Gruppen gerechnet. Bei den Ausschreitungen starben bisher 16 Menschen. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, sabotierten sie eine der wichtigsten Wasserleitungen in die Hauptstadt. Dadurch waren zeitweise bis zu zehn Millionen Menschen von der Wasserversorgung abgeschnitten. Die indische Regierung schickte 5000 Soldaten in die Region, um für Ruhe zu sorgen und auch, um die Ingenieure zu schützen, die unter Hochdruck versuchten, die Hauptwasserleitung in der Millionenmetropole zu reparieren.

Online-Sexshop eröffnet

Eine junge Deutsche und ihr indischer Freund eröffneten Ende 2015 mit dem Online-Sexshop „*Lovetreats*“ (<http://www.lovetreats.in/>) den – nach eigenen Angaben – ersten Sexshop in Indien, der sich explizit an Frauen und Paare richtet. In einer hoch tabuisierten Gesellschaft wollen gerade jüngere Inderinnen und Inder Dinge, die sie von Reisen oder mittels moderner Kommunikationsmedien kennen, auch selber kaufen. darunter auch Sexspielzeug. In Indien sei es besonders schwierig für Frauen, an solche Produkte zu kommen – wenn man nicht gerade auf einen zwielichtigen Markt gehen möchte. Dass Sexspielzeuge bei Frauen in Indien noch nicht so verbreitet sind, hat aber auch noch einen anderen Grund: Viele von ihnen fürchten, dass der Erwerb schlicht verboten sei, denn sogenannte obszöne Handlungen, worunter beispielsweise Liebesbekundungen in der Öffentlichkeit fallen, sind nach indischem Gesetz verboten. Vor kurzem erst sorgte die indische Behörde für Filmzensur vor allem unter jüngeren Inder(innen) für Schmunzeln, weil die Kusszenen im neuen James Bond-Film *Spectre* herausgeschnitten werden mussten, um in die indischen Kinos zu kommen, weswegen der Protagonist als „Agent mit der Lizenz zum Händchenhalten“ verspottet wurde. Auch im Bereich der Sexberatung und Aufklärung tut sich einiges; so boomt beispielsweise das Ratgeber-Start-Up *Lovedoctor* (<http://lovedoctor.in/>), eine Art Dr. Sommer aus der BRAVO, wo über Twitter, Facebook, WhatsApp und SMS Fragen rund um das Thema Sex und Liebe gestellt werden können und einfühlsam beantwortet werden.